



Marburger Bündnis
„Nein zum Krieg!“



20. Juni - Weltflüchtlingstag

Der Weltflüchtlingstag wurde 2001 auf Initiative der UN eingeführt. Er soll auf die besonderen Belastungen des Lebens der geflüchteten Menschen aufmerksam machen, aber auch besonderen Fähigkeiten wie Mut, Widerstandsfähigkeit und Stärke würdigen.

Nach **Art.1 der Genfer Flüchtlingskonvention** ist Flüchtling, wer sein Land aus „Furcht vor Verfolgung wegen seiner `Rasse`, seiner Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung“ verlässt.

Ende 2025 waren 117,8 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter 46 Millionen Kinder!

Neun von zehn Geflüchteten werden in ihren Heimatländern und in anderen, meist armen Ländern des Globalen Südens aufgenommen – **nur ein geringer Teil gelangt nach Europa!**

Der **häufigste Grund für die Flucht** sind **Krieg, Bürgerkrieg und Gewalt von bewaffneten Gruppen gegen einzelne Bevölkerungsgruppen.**

Die Angst um das eigene Leben, um das Leben und Wohlergehen der Kinder, Familie oder von Freunden zwingen die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat. Auch eine drohende Zwangsrekrutierung als Soldat*innen insb. bei Kindern, auch Mädchen, führt zu dieser Entscheidung („Kindersoldat*innen“).

Europa und auch Deutschland tragen historische, politische und ökonomische **Verantwortung bei der Bekämpfung von Fluchtursachen:** Die Folgen der **Kolonialzeit** prägen z. B. auch noch heute das postkoloniale Afrika. Neben der Ausbeutung von zig-Millionen Menschen als Sklaven teilten die Kolonialmächte auf der Berliner Afrika-Konferenz 1884 den afrikanischen Kontinent untereinander auf, um ihren Wettlauf um Afrika nicht zu einem großen Krieg zwischen den Einzelstaaten eskalieren zu lassen. Die schnurgeraden Grenzen, die sie zogen, durchschnitt Völker, Sprachgruppen und traditionelle Königreiche und die Kolonialmächte spielten Bevölkerungsgruppen gegeneinander aus – die Ursachen vieler innerafrikanischer Konflikte bis heute!

Hinzu kommt u. a. die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch wirtschaftliche **Ausbeutung des Globalen Südens im Agrar- und Rohstoffbereich** sowie die katastrophalen Folgen des durch den von den **industrialisierten Staaten** verursachten **Klimawandel.**

bitte wenden

Das hat nichts mit einer verantwortungsvollen Politik einer der reichsten Regionen in der Welt zu tun.

Hinzu kommen Waffenexporte!

Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien gehörten 2021-2025 zu den 10 größten Waffenexporteuren - auch in Krisen- und Kriegsgebiete.

Beispiel Deutschland: Waffen an Israel und Ägypten.

Mit all dem muss Schluss sein!

Stattdessen hat Europa und damit auch Deutschland die Pflicht,

- Konflikten mit diplomatischen Mitteln vorzubeugen und friedliche Lösungen zu finden, Friedensinitiativen zu ergreifen - und schon gar nicht - wie im Krieg Russlands gegen die Ukraine - alle Friedensinitiativen von Italien, Brasilien, China usw. einfach zu ignorieren, und
- politische und wirtschaftliche Stabilität durch einen fairen Umgang miteinander- insb. im Hinblick auf ehemals kolonialisierte Staaten – zu erzielen.

Statt jedoch an den Ursachen zu arbeiten, um die Fluchtgründe zu beheben, werden Mittel der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit gekürzt und

wir schotten uns ab – GEAS!

Mit Hilfe von GEAS („Gemeinsames Europäisches Asylsystem“) sollen Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen stattfinden.

„Neue Flüchtlingslager unter europäischer Flagge entstehen, in denen Geflüchtete festgesetzt und direkt wieder abgeschoben werden. Die geplanten Lager werden Orte der Inhumanität, Gewalt und Rechtlosigkeit sein - ein faires Asylverfahren kann dort nicht stattfinden.“ (*PRO ASYL*) Verletzungen der Menschenwürde und von Menschenrechten, sind damit vorprogrammiert!

Und das, obwohl die Zahl der Asylbewerber*innen in Europa – nochmal: eine der reichsten Regionen auf der Welt - in den letzten drei Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist, was im Wesentlichen auf die Entwicklung in Syrien zurückzuführen ist.

NEIN zu GEAS!

Keine Reform auf Kosten des Schutzes von Menschen auf der Flucht!

JA zu einem Handeln im Sinne der gleichberechtigten Völkerverständigung!

Veranstaltungshinweis:

Ausstellung PUSHBACK: Menschenrechtsverletzungen an der bosnisch-kroatischen Grenze vom **01. - 05. Juli im KFZ Marburg** (Seebrücke Marburg)

viSdP: antikriegsbuendnismarburg.de